

Beglaubigte Abschrift !

44/
StS 48

Verkündet am 17. August 1948
gez. Otto, Justizinspektor,
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

I m N a m e n d e s R e c h t s !

Strafsache

gegen den Küper Otto Karl Steppat, geb. am 27.8.1891
in Harburg,

wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit und
gefährlicher Körperverletzung.

Auf die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des
Schwurgerichts in Hamburg vom 27. April 1948 hat der
Oberste Gerichtshof für die Britische Zone -Strafsenat-
in der Sitzung am 17. August 1948, an der teilgenommen
haben:

Senatspräsident Dr. Staff als Vorsitzender,
Richter beim Obersten Gerichtshof Dr. Geier,
Richter beim Obersten Gerichtshof Dr. Jagusch,
als beisitzende Richter,

Oberstaatsanwalt Schrübbers
als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Justizinspektor Otto
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für R e c h t erkannt:

Die Revision des Angeklagten wird auf
seine Kosten mit der Maßgabe verworfen,
daß der Angeklagte wegen Verbrechens

z.d.d. StS 44/48

gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit gemeinschaftlicher Körperverletzung verurteilt wird.

G r ü n d e :

1.) Der Angeklagte Steppat, 57 Jahre alt, verheiratet, Vater zweier erwachsener Kinder, nicht vorbestraft, Mitglied der NSDAP im Jahre 1932, kurz darauf wieder ausgetreten, 1933 in der Hoffnung auf Arbeit erneut wieder eingetreten, später bis 1936 auch SA-Mitglied, 1934 NSV-Kassierer, nahm im Juli/August 1933 an einer Übung seines Marinesturms in der Nähe Hamburgs teil. Hierbei durchsuchten verschiedene SA-Angehörige die Wohnung des parteilosen Zeugen Töllner mit dessen Duldung. In der Wohnung befanden sich außer Töllner noch dessen Schwester, die Zeugin Zastrow, dessen andere, inzwischen verstorbene Schwester, Frau Knorre, deren Ehemann, ferner ein Neffe der Zeugin Zastrow und der Vater des Zeugen Töllner. Gegen Ende der Durchsuchung betrat auch der ange-trunkene Angeklagte die Wohnung Töllner, und zwar aus Neu-gierde oder, um die Durchsuchenden zum Abmarsch zu ~~hau~~ holen. Er stieß den Zeugen Töllner mit den Worten beiseite: "Platz hier, weg hier, keine Rücksicht auf den roten Mob," betrat die Küche, stieß den Küchentisch mit dem angerichteten Essen um, zerschlug eine Türscheibe, beschädigte den Küchenschrank, wobei er einen Gewehrkolben oder etwas ähnliches benutzte, schlug Frau Knorre und Frau Zastrow bei Abwehrver-suchen ins Gesicht, gab dem Ehemann Knorre eine Ohrfeige und stieß den Vater Töllner mit dem Kopf gegen die Wand. Hierbei waren mehrere, zum Teil mit Gewehren bewaffnete SA-Leute zugegen, die den Zeugen Töllner, der seinem Vater helfen wollte, hiervon abhielten, wobei der Angeklagte, wie es nach

den Urteilsfeststellungen scheint, dem Zeugen Töllner, nicht dessen Vater, zurief: " Dir rotem Hund werden auch noch die Knochen gebrochen.". Der Angeklagte kannte den Zeugen Töllner seit seiner Jugend und wusste auch, daß dieser keiner Partei angehörte.

Auf Grund dieser Feststellungen ist der Angeklagte wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, " begangen durch Körperverletzung und Freiheitsberaubung ", zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Seine Revision rügt Verletzung des KRG 1c II 1 c und der §§ 239, 67 StGB. Sie ist im Ergebnis nicht begründet.

2.) Der äußere Tatbestand des KRG 1c II 1 c, wie er u.a. in den Entscheidungen 1,3,8 und 26/48 des Senats näher erörtert ist, ist hinreichend festgestellt. Der Zusammenhang der Tat des Angeklagten mit der nationalsozialistischen Willkürherrschaft ist nach dem Tathergang offenbar. Der im Anschluß an die " Haussuchung " beim Zeugen Töllner hinzugekommene angetrunkene Angeklagte hat die Abwesenheit des SA-Rollkommandos benutzt, um die Anwesenden nach Belieben zu mißhandeln, sie zu beleidigen und Sachen zu beschädigen. Dies konnte er nur in Ausnutzung der besonderen Machtverhältnisse des Jahres 1933, denen die Opfer seines Tuns, wie er wusste, schutzlos gegenüberstanden. Die später vom Sturmführer des Angeklagten ausgedrückte Entschuldigung ändert hieran nichts, sondern fügt sich vielmehr, indem sie der Tat den Schein der Mißbilligung durch die SA beilegt, durchaus in das typische Bild derartiger Übergriffe.

Das Schwurgericht hat weiter festgestellt, daß der Angeklagte Wert und Würde der menschlichen Persönlichkeit bei der Tat bewusst verneint habe. Diese Feststellung wird getragen durch die eben erwähnten Umstände und den Tathergang, der eine sehr starke Mißachtung der Familie Töllner ausdrückt. Diese Mißachtung konnte nach dem Zusammenhang nur auf politischen Beweggründen beruhen, auf die die Äußerungen des Angeklagten auch hindeuten. Eine Tat von solcher

Schwere war nicht nur geeignet, geschützte Rechtsgüter der Betroffenen zu verletzen. Darüberhinaus hat sie diese auch, gerade durch die Mißachtung, die das hemmungslose Tun des Angeklagten ausdrückt, als Menschen zutiefst getroffen. Eine solche Tat hat auch überindividuelle Wirkung. Insoweit kann auf die in der Entscheidung 26/48 des Senats entwickelten Grundsätze verwiesen werden. Die Tat des Angeklagten ist nach Hergang und Schwere kein bloßer Gelegenheitsübergriff, wie er in politischer Erregung überall vorkommen kann. Sie war auch nicht durch irgendein auffälliges oder herausforderndes Verhalten der Familie Töllner veranlasst. Vielmehr ist sie ein die Gesinnung und den Menschenwert Andersdenkender grob mißachtender Übergriff des Angeklagten von erheblicher Schwere. Eine solche Tat verletzt die Humanitas.

Hierbei hat das Schwurgericht nach seinen tatsächlichen Feststellungen zu Gunsten des Angeklagten bereits berücksichtigt, daß ihm die Beteiligung an dem Beginn der SA-Aktion gegen die Familie Töllner nicht nachzuweisen war.

Daß der Angeklagte bei alledem vorsätzlich gehandelt hat, ergibt sich aus der Feststellung des Schwurgerichts, daß er bei seinem Tun Wert und Würde der menschlichen Persönlichkeit bewusst verneint habe. Hieraus folgt weiter auch, daß er, wie auch schon der Hergang der Tat selbst ergibt, die Möglichkeit gehabt hat, das Unerlaubte seines Tuns zu erkennen. Die bloße Angetrunkenhheit des Angeklagten steht dieser Feststellung nicht entgegen. Sie hat, wie der Zusammenhang des angegriffenen Urteils ergibt, die Schuldfähigkeit des Angeklagten nicht beeinträchtigt. Hiernach ist das KRG 10 II 1 c zutreffend angewandt.

3.) Auch gefährliche Körperverletzung (§ 223a StGB) in der Form der gemeinschaftlichen Körperverletzung ist hinreichend festgestellt. Das Schwurgericht legt insoweit dar, der An-

geklagte habe in bewusstem und gewolltem Zusammenwirken mit den anderen SA-Leuten gehandelt, die den Zeugen Töllner gehindert hätten, seinem Vater zu helfen, während der Angeklagte diesen mißhandelte, ferner, daß diese SA-Leute dem Neffen der Frau Zastrow Kolbenschläge beibrachten. Insoweit ist weder nach der äußeren noch nach der inneren Tatseite ein Rechtsirrtum erkennbar.

4.) Dagegen ist die Verurteilung wegen Freiheitsberaubung (§ 239 StGB) rechtlich nicht haltbar. § 239 StGB erfordert objektiv, daß ein Mensch dadurch der persönlichen Freiheit beraubt wird, daß es ihm, sei es auch nur vorübergehend, unmöglich gemacht wird, seinen auf Freiheit der Bewegung gerichteten Willen zu betätigen. Der Zeuge Töllner wollte seinem Vater gegen den Angeklagten beistehen und zu diesem Zweck den Ort, von wo aus er die Mißhandlungen seines Vaters wahrnahm, verlassen und zu dem Vater hingehen. Hieran haben ihn nach den Urteilsfeststellungen mehrere bewaffnete SA-Männer " gehindert." Diese Darstellung läßt nicht in rechtlich nachprüfbarer Weise erkennen, ob und in welcher Weise der Zeuge Töllner wirklich objektiv gehindert gewesen ist, zu seinem Vater hinzugehen. Objektive Hinderung, d.h. Beeinträchtigung seines auf Freiheit der Bewegung gerichteten Willens, läge nur bei entsprechender körperlicher oder seelischer Einwirkung der SA-Leute auf Töllner vor. Nach den Feststellungen des Schwurgerichts läßt sich jedoch nicht ausschließen, daß Töllner infolge der Haltung der SA-Leute nur geglaubt haben könnte, an der Bewegung gehindert zu sein, ohne daß dies objektiv zutraf. Mithin ist der äußere Tatbestand des § 239 StGB nicht hinreichend festgestellt. Andererseits würde zeitlich eine auch nur kurze objektive Behinderung ausreichen, unter Umständen jedoch nicht eine bloß augenblickliche, möglicherweise nur ~~sekunden~~ wenige Sekunden dauernde.

muss
Dies ~~würde~~ jedoch im einzelnen Falle der Würdigung des
Tatrichters überlassen bleiben, dessen Feststellungen insoweit
die Verurteilung nach § 239 nicht tragen. Das angegriffene
Urteil stellt eine Behinderung von längerer als bloß augen-
blicklicher Dauer nicht fest.

Die Straftaten nach KRG lo II 1 c und § 223a StGB, die
tatbestandsmäßig nur teilweise zusammenfallen, aber durch die
gleiche natürliche Handlung verwirklicht sind, stehen in
Tateinheit (§ 73 StGB). Dementsprechend ist der Schuldspruch,
insoweit ohne inhaltliche Änderung, neu zu fassen, die
Revision des Angeklagten im übrigen aber zu verwerfen, da
der Strafausspruch durch die Neufassung des Schuldspruchs
und den Wegfall der Verurteilung nach § 239 StGB, wie sich
aus den Strafzumessungsgründen des angefochtenen Urteils
deutlich ergibt, zu Gunsten des Angeklagten nicht beeinflusst
wird.

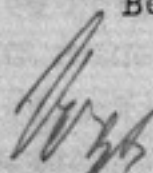
gez. Dr. Staff

gez. Dr. Geier

gez. Dr. Jagusch.

Beglaubigt:




Kanzleivorsteher,
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Obersten Gerichtshofs für die
Britische Zone.